



## Fangquoten: weiterer Schritt hin zu einer nachhaltigen Fischerei

Fangquoten: weiterer Schritt hin zu einer nachhaltigen Fischerei  
Erfolgreiche Verhandlungen in Brüssel - Schmidt: "Mit den Beschlüssen können die deutschen Fischer optimistisch ins nächste Jahr blicken." Die europäischen Fischereiminister haben sich auf die Fangquoten für das kommende Jahr verständigt. Nach Abschluss der Verhandlungen am gestrigen Abend in Brüssel lobt der für die Fischerei zuständige Bundesminister Christian Schmidt die Ergebnisse als wichtigen Schritt hin zu mehr Nachhaltigkeit. "Mit den Beschlüssen über die Fangquoten für 2015 haben wir die Weichen dafür gestellt, dass wir spätestens bis 2020 für alle Bestände das Nachhaltigkeitsziel erreichen. Wir haben uns erneut mit unserer Auffassung durchsetzen können, dass wir an dem Kurs einer nachhaltigen Fischerei konsequent festhalten müssen, ohne dabei die Belastungen der Fischer aus dem Blick zu verlieren. Nur mit einer verantwortungsvollen Fischereipolitik können wir den Fischern auch dauerhaft eine wirtschaftliche Grundlage sichern." Bereits heute werden 60 Prozent der Fischbestände im Nordostatlantik nachhaltig bewirtschaftet. Dieser Anteil wird sich schon in den nächsten beiden Jahren durch die grundlegende Reform der EU-Fischereipolitik deutlich erhöhen. Die Fangmengen für 2015 wurden auf Basis der wissenschaftlichen Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) festgelegt. Die am Kriterium der Nachhaltigkeit ausgerichteten Fangquoten haben dazu geführt, dass sich die für die deutsche Fischerei wichtigen Bestände von Hering, Makrele und Scholle auf einem historisch hohen Niveau befinden. Auch der Nordseekabeljau erholt sich inzwischen, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Stand. Um dieses Niveau auch in den nächsten Jahren halten zu können, wurden leichte Kürzungen der Quoten beim Hering (minus 5 Prozent) und bei der Makrele (minus 15 Prozent) vereinbart, bei der Scholle wurden die zulässigen Fangmengen um 15 Prozent angehoben. Beim Seelachs wurden Kürzungen um 15 Prozent vorgenommen, um dem seit 2006 rückläufigen Trend beim Seelachs-Nachwuchs Rechnung zu tragen. Der sogenannte Fangaufwand wurde im Rahmen des Wiederauffüllungsplans für Kabeljau nach drastischen Kürzungen in der Vergangenheit auf Vorjahresniveau fortgeschrieben. Er gibt an, an wie vielen Tagen die Fangschiffe unter Berücksichtigung ihrer Motorleistung fischen dürfen. "Mit den aktuellen Beschlüssen zu den Fangquoten können die deutschen Fischer insgesamt optimistisch ins nächste Jahr blicken. Vor allem gibt es durch den frühzeitigen Abschluss der Norwegen-Verhandlungen Planungssicherheit für die kommende Fangsaison", betonte der Minister und fügte hinzu: "Trotz anders lautender Meldungen können Verbraucherinnen und Verbraucher guten Gewissens Fisch aus dem Nordostatlantik genießen. Die Bestände werden dadurch nicht gefährdet." Nähere Informationen über die genaue Situation der einzelnen Fischbestände sind über die Website "Fischbestände online" abrufbar: <http://fischbestaende.portal-fischerei.de/> Weitere Informationen finden Sie auch auf der Internetseite des BMEL unter [www.bmel.de/Fischerei](http://www.bmel.de/Fischerei) Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Rochusstraße 1 53123 Bonn Telefon: +49 22899 529-0 Telefax: +49 22899 529-3179 Mail: [poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de) URL: <http://www.bmel.de>

## Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

## Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.